



Religiös begründeter Extremismus – eine muslimische Perspektive und Handlungsempfehlung

Dawood Nazirizadeh

„Das Gute der Dinge ist ihre Mitte“, sagte einst der Prophet Muhammad, und er deutet damit bereits implizit auf abweichende Seiten hin. Will man das Abweichende bzw. das Extreme erklären, muss auch immer das Gemäßigte, also die Mitte erklärt werden. Dabei muss die Mitte aber ein Ausdruck der Gerechtigkeit sein, ganz nach Aristoteles, der die Ungerechtigkeit als Erzeugerin der Extreme betrachtet (vgl. Aristoteles, Nikomachische Ethik 1133 b 32). Daraus wird bereits ersichtlich, dass das Extreme nie ohne sein Gegenteil bestehen kann. Die Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens ist dabei immer ein Faktor, der sich aus der Konsequenz des Extremismus ergibt. Wann etwas als gerecht oder als die Mitte gilt, ist zum Teil je nach Gesellschaft und Systemen unterschiedlich, jedoch sollte es immer einer Rechtmäßigkeit und einem Allgemeinwohl gereichen.

Extremismus ist dagegen für das Allgemeinwohl abträglich und dem bestehenden Recht zuwiderlaufend. Vorliegender Text will den Extremismus, zu dem sich einzelne abweichende, meist jugendliche Muslime verleiten lassen, analysieren und mit einem muslimischen Blick bewerten. Die darauf folgende Handlungsempfehlung nimmt dabei verschiedene gesellschaftliche Institutionen in die Pflicht, sowohl die Politik als auch muslimische Verbände.

Religiös begründeter Extremismus

1. Einschätzung der gegenwärtigen Bedrohung durch religiös begründeten Extremismus

Gefahr für alle

Religiös begründeter Extremismus stellt eine Bedrohung für das friedliche Zusammenleben aller BürgerInnen Deutschlands dar. Er schadet mittelbar und unmittel-

bar allen betroffenen Gruppen: der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft, den gefährdeten Jugendlichen, die sich radikalieren lassen und sich somit von der Gesellschaft abwenden, und den in Deutschland lebenden Muslimen, da sie – offen oder unterschwellig – unter einen Generalverdacht gestellt werden, wodurch das Bild der gesamten Religion leidet. Die Folge dessen sind wachsende Islamfeindlichkeit gegenüber und Diskriminierung von Muslimen. Die Gefährdung durch religiöse Extremisten speist und legitimiert dies, wobei verkannt wird, dass es sich um eine gemeinsame Gefahr für Nicht-Muslime und Muslime in Deutschland handelt. So folgert der Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung:

„Ein negatives Image des Islam, worunter die 4 Millionen Muslime leiden, wird vermutlich von dem 1 % radikaler Islamisten geprägt. Somit werden alle Muslime unter Generalverdacht gestellt, was eine Bedrohung für das gesellschaftliche Zusammenleben darstellt (Stichwort: Brandanschläge auf Moscheen, Angriffe auf muslimische Frauen). Islamfeindlichkeit ist keine Randerscheinung, sondern findet sich in der Mitte der Gesellschaft wieder und scheint zu einem gesellschaftlichen Trend geworden zu sein. Islamfeindlichkeit wird als Legitimation zur Diskriminierung von Muslimen genutzt.“ (Religionsmonitor 2015)

Extremismus fördert die Spaltung unter den Muslimen

Vom religiös begründeten Extremismus sind vor allem Muslime selbst negativ betroffen. Zum einen wächst die Besorgnis unter den Muslimen, wenn einzelne von ihnen extremistische Ideen vertreten. Zum anderen sind schiitische Muslime vermehrt ein Feindbild von Extremisten/Neo-Salafisten, da sie als Abtrünnige deklariert werden. Das könnte den Zusammenhalt der Muslime gefährden. Hier sind mehr Zusammenarbeit und ein deutliches Zeichen der Einheit der Muslime in Deutschland nötig. Muslimische Verbände und Gemeinden sind hier besonders gefragt, dem Trend der Spaltung und gegenseitiger Anfeindung, die durch die Ideologie des Extremismus gespeist wird, entgegenzuwirken, denn Schweigen verstärkt die Spaltung noch weiter.

Misstrauen zwischen Muslimen und Staat

Der präsenste Extremismus belastet den Dialog mit den Muslimen gesamtgesell-

schaftlich wie auch zwischen dem Staat und den Verbänden, da das Misstrauen auf beiden Seiten wächst.

Das nützt vor allem den Extremisten, da ihre Zielgruppe – unzufriedene junge Menschen – leichter für ihre Ideologie zu gewinnen ist, wenn sie Misstrauen, Absonderung und Ablehnung seitens der Gesellschaft empfindet. Somit sind das Misstrauen und die Absonderung sowohl ausschlaggebende Bedingung für beginnende Radikalisierung als auch eine Folge von Radikalisierungsprozessen – eine verhängnisvolle Spirale (vgl. Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, bpb 2013). Durch den religiös begründeten Extremismus radikalisierte Jugendliche neigen verstärkt dazu, sich von der Gesellschaft abzuwenden und sich extremistischen Gruppen anzuschließen – sogar terroristischen Gruppen in Syrien/Irak. Nachrichten und Bilder von Terroranschlägen im Ausland befördern wiederum die Angst vor dem Islam in Deutschland. Ferner können etwa die zurückkehrenden IS-Kämpfer tatsächlich eine ernstzunehmende Gefahr darstellen.

2. Einflussfaktoren für die Entwicklung des religiös begründeten Extremismus in Deutschland

Anerkennung der Muslime als BürgerInnen Deutschlands

Um die Einflussfaktoren für die Entwicklung des religiös begründeten Extremismus zu erkennen, ist Multiperspektivität gefordert. Extremismus entsteht nicht über Nacht aus dem Nichts. Obwohl in Deutschland die Akzeptanz für Vielfalt wächst, ist zugleich Misstrauen gegenüber den Muslimen zu verzeichnen. Dies zeigt sich auf mehreren Ebenen: Die Gleichberechtigung des Islam gegenüber anderen Religionen ist bislang nicht hergestellt, sei es bei der rechtlichen Anerkennung des Islam oder im Hinblick auf die andauernden Neutralitätsdebatten für Angehörige des öffentlichen Dienstes. In den Debatten wird oft der Eindruck vermittelt, dass der Islam als Religion die Ursache von Problemen sei. Das kann ein Minderwertigkeitsgefühl der Muslime und Missgunst gegenüber den Behörden hervorrufen.

Soziale Benachteiligung begünstigt die Anfälligkeit für Extremismus

Gefährdete Jugendliche, die in sozial schwachen Strukturen sozialisiert sind,

wachsen mit diesem Minderwertigkeitsgefühl und oft auch mit einer gewissen Perspektivlosigkeit auf. Sie haben durch schlechte Bildungsvoraussetzungen weniger Chancen und werden oft als Migrantenkinder und/oder Muslime stigmatisiert. Die Kombination aus all dem und einem fehlenden Wissen über ihre Religion macht einige von ihnen zu leichten Opfern, da sie nach Anerkennung und Zugehörigkeit suchen, die sie bisher nicht erfahren haben.

Diskriminierung

Die reale sowie die institutionelle Diskriminierung, zum Beispiel bei der Wohnungssuche, der Bewerbung um einen Arbeitsplatz, der Empfehlung für höhere Schulen, Beförderung („gläserne Decke“) sind allgegenwärtig und durch Untersuchungen belegt (vgl. 10. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 2015). Insbesondere für Musliminnen, die ein Kopftuch („Hijab“) tragen, ist die Diskriminierung deutlicher spürbar: auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Scherr 2014) und bei der Wohnungssuche. Kopftuchdebatten sorgen außerdem für soziale Spannungen, da Musliminnen mehrdimensional betroffen sind (als Frau, als Muslima, als Migrantin, als kopftuchtragende Frau).

Diskriminierung und Überheblichkeit von manchen Beamten bei zuständigen Behörden gegenüber Migranten und Muslimen ist nicht von der Hand zu weisen. Alltägliche Diskriminierung ist somit in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Beinahe jeder Migrant hat solche Erfahrungen gemacht, aber von offiziellen Stellen wird zu wenig dagegen unternommen. Es gibt zu wenig Diskriminierungsforschung, um die Ursachen von Diskriminierung zu beheben, und auch nicht in allen Bundesländern existieren Antidiskriminierungsstellen (vgl. Gesemann, Roth 2015). Diskriminierung ist jedoch allseits präsent und verstärkt das Gefühl der Absonderung.

Antimuslimischer Rassismus

Der eingangs erwähnte Generalverdacht, unter den Muslime teilweise gestellt werden, sowie die in den Medien präsentierten Stereotype, fördern einen antimuslimischen Rassismus. Stigmatisierende Medienbilder hemmen die Iden-

titätsbildung von Muslimen in Deutschland. Das befördert potenziell Radikalisierungsprozesse: Jugendliche gelangen in eine Opferrolle und kämpfen unter Umständen dagegen an, indem sie sich radikalieren. Extremisten nehmen genau das auf, was sie in ihrem Denken bestärkt, woraus Sympathie mit radikalen Überzeugungen und Strömungen entsteht.

In Deutschland formiert sich außerdem eine rechtspopulistische Bewegung aus „Pegida“ und AfD, für die Islamfeindlichkeit ein wesentlicher Antrieb ist. Es gibt in der Bevölkerung weitverbreitete islamfeindliche Ressentiments (vgl. Zick u. a. 2014). Das Denken in den Kategorien von „wir“ und „die“ ist gerade in Bezug auf „wir Deutsche“ und „die Muslime“ weit verbreitet.

Mangelnde Partizipation von Muslimen

Neben der skizzierten Diskriminierung ist auch eine mangelnde Partizipation von Muslimen festzustellen. Politiker reden oft über Muslime, aber noch zu wenig mit ihnen, es wird über sie entschieden, nicht mit ihnen. Die Partizipation der Muslime in der Politik ist zu schwach, Muslime werden zu oft lediglich in nicht entscheidungsbefugten Gremien wie etwa in Integrationsräten angehört.

Es ist keine echte Repräsentation von Muslimen in den Medien vorhanden. Mit Muslimen werden zumeist Krisenthemen in Talkshows verbunden, die zu häufig mit extremen Positionen aus der heterogenen muslimischen Community repräsentiert werden. Es gibt zu wenige Formate von Muslimen für Muslime oder Beiträge von Muslimen zu allgemeinen Themen. Somit entsteht der Eindruck, dass Muslime als BürgerInnen des Landes bei Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen der Gesellschaft wenig beteiligt sind. Sie sollen sich stattdessen um ihre „eigenen“ Probleme im muslimischen Milieu kümmern, in ihren Moscheen Integrationsarbeit leisten. Dazu kommt die Beobachtung der Muslime und deren Organisationen, die keine Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen, durch den Verfassungsschutz, die das Vertrauen in den Staat grundsätzlich belastet.

Streng genommen impliziert auch „Dialogarbeit“ zwischen Muslimen und anderen Institutionen, dass dort Parteien miteinander kommunizieren sollen,

die normalerweise nicht zusammenarbeiten. Die allgegenwärtige Forderung nach „Dialogarbeit“ zeigt somit deutlich, dass eine echte Partizipation der Muslime noch in weiter Zukunft liegt.

3. Erklärungsansätze für die Attraktivität von religiös begründetem Extremismus

Es gibt in der Wissenschaft mittlerweile mehrere Erklärungsansätze dafür, warum sich Menschen religiösen Extremisten anschließen. Erstens geben religiös begründete Extremisten ihren Anhängern ein Gefühl von Zugehörigkeit, Macht und Sicherheit, wenn auch nur innerhalb der eigenen Gruppe und Gedankenwelt. Zweitens sind extremistische Bewegungen nicht kulturell oder national eingeschränkt, sondern multikulturell und multinational. Ihre Ideologie schafft ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen verschiedenen Personen. Sie grenzen sich streng von anderen, insbesondere von den Gemäßigten ab und erheben den Anspruch, das einzig Richtige zu sein. So entsteht innerhalb der Bewegung ein Integrationsprozess, den viele Mitglieder in der deutschen Gesellschaft vermisst haben.

Drittens präsentieren sie sich als entschlossen, kompromisslos und zielgerichtet. Diese Entschlossenheit schafft Bewunderung bei potenziellen neuen Mitgliedern und gibt ihnen das gute Gefühl, sich einer dynamischen und erfolgreichen Bewegung anzuschließen. Jemand, der sich ansonsten in der Gesellschaft und in seiner Lebenssituation unsicher fühlt, ist für dieses „Angebot“ empfänglich.

Dass die Überzeugungen und Positionen einfach zu verstehen sind und klare Antworten geben, ist ein vierter Faktor. Religiös begründet scheinen sie „Heil“ und „Gottergebenheit“ zu vermitteln. Ein nicht religiös gefestigter Mensch mit einer unsicheren Identitätswahrnehmung erfährt im Extremismus klare Anweisungen, die ihm das Nachdenken und Reflektieren abnehmen. Schließlich ist fünftens religiös begründeter Extremismus gegenwärtig ein Szene-Trend. Durch die hohe öffentliche und mediale Aufmerksamkeit können die Gruppierungen Erfolge, mit religiösen Parolen geschmückt, vorweisen und bestärken damit ihren Macht- und Wahrheitsanspruch.

4. Differenzierung zwischen extremistischem und tolerablem Verhalten

Um einem Generalverdacht gegenüber Muslimen entgegenzuwirken, muss eine klare Differenzierung zwischen extremistischem und tolerablem Verhalten stattfinden. Dazu bedarf es zunächst der Kenntnis und der Vermittlung des Islam. Die Lehre des Islam wirkt auch gegen Extremismus, der meist auch mit Unwissenheit und mangelnder oder oberflächlich verzerrter Auseinandersetzung mit dem Islam einhergeht. Religiös begründeter Extremismus betrifft eine sehr kleine Minderheit der Muslime in Deutschland, die große Mehrheit von ihnen ist fern davon. Diese Minderheit weist bestimmte Unterschiede in ihrer Auslegung des Islam auf. Diese Unterschiede bedürfen der Erforschung, denn die Überzeugungen weichen vom Konsens der meisten Muslime gravierend ab. Denn der Islam verurteilt Extremismus und steht für Pluralität und Vielfalt (vgl. Sure 49:13 = „verschieden Stämme und Völker, damit sie sich kennenlernen“; 16:93 und 5:48 = „Wenn Gott gewollt hätte, hätte er euch als eine Gemeinschaft erschaffen“; 16:125 = „Rufe zum Weg deines Herrn mit Weisheit und schöner Ermahnung und diskutiere mit ihnen auf die beste Art und Weise.“).

Die bewusste Abgrenzung der Extremisten von der islamischen Mehrheitsmeinung belegt ebenfalls die notwendige Differenzierung zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Muslimen. So liegt die Mehrheit der Muslime in den Augen der Extremisten mit ihrer Glaubenspraxis falsch – schiitische Muslime und andere Minderheiten innerhalb des Islam sind vom religiös begründeten Extremismus besonders stark betroffen, wie man jüngst am Anschlag auf eine schiitische Moschee in Kuwait an einem Freitag des heiligen Monats Ramadan beobachten konnte.

Keiner der extremistischen Jugendlichen, die nach Syrien gereist sind und sich Terrorgruppen angeschlossen haben, kommt aus einem der großen muslimischen Verbände. Radikale und Extremisten sind nicht in Verbänden und deren Gemeinden sozialisiert. Sie suchen auch keinen Dialog, sondern grenzen sich bewusst ab, damit ihre Ideologie „geschützt“ bleibt. Das lässt darauf schließen, dass die Arbeit der Verbände vor Radikalisierung und Extremismus schützt. Umso wichtiger ist es, dass Politik und die Mehrheitsgesellschaft diese Differenzierung vornimmt.

Handlungsempfehlungen für die Auseinandersetzung mit und zur Prävention von religiös begründetem Extremismus

1. An Politik und Verwaltung

- Stärkere Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Verbänden, da Ausgrenzung einer der Mechanismen ist, die zur Radikalisierung führen können.
- Muslime, die nicht unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden, sollen nicht weiter vom Verfassungsschutz beobachtet werden.
- Die Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene muss auch auf kommunaler Ebene wirken. Obwohl ein Dialog – etwa in der Deutschen Islamkonferenz – auf Bundesebene geführt wird, gibt es in vielen Kommunen nach wie vor Berührungängste, Desinteresse und Misstrauen.
- Rechtliche Anerkennung des Islam: Der Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts ermöglicht eine Identifizierung mit und ein Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft in Deutschland auf Seiten der Muslime – aber auch andersherum wirkt es vertrauensbildend gegenüber dem Islam und den Muslimen.
- Gleichstellung und Ermöglichung muslimischen Lebens im öffentlichen Leben (Aufhebung des Kopftuchverbots usw.).
- Förderung von Jugendverbänden und Jugendprojekten sowie eine hohe Wertschätzung der Arbeit ehrenamtlicher junger Muslime.
- Muslimische Jugendverbände müssen mehr politische Verantwortung übernehmen, inkl. außenpolitische Positionen, um durch diese Teilhabe mit den Realitäten konfrontiert zu werden und die Basis für Verschwörungstheorien zu nehmen.
- Förderung von bestehenden Projekten und Präventionsmaßnahmen der muslimischen Verbände – gerade auf Landes- und Kommunalebene gibt es hier Defizite aufgrund fehlender Einbindung islamischer Verbände und Moscheen und beidseitigem fehlenden Vertrauens.
- Verurteilung und Verhinderung von Islamfeindlichkeit. Wenn „wir“ als gesamte Gesellschaft und Politik eine stärkere Sensibilität für Islamfeindlichkeit entwickeln, kann der religiös begründete Extremismus geschwächt werden, weil er junge Muslime nicht länger als „Opfer“ ansprechen kann.

- Zugleich kann bei den Muslimen ein stärkeres Gespür und Aufmerksamkeit gegenüber dem Extremismus aufgebaut werden.
- Aufklärung in der Schule und der Jugendarbeit (Gefahren des Extremismus aufzeigen). Der Umgang mit Jugendlichen, die in der Anfangsphase einer Radikalisierung stehen, kann entscheidend sein.
 - Sozial schwache Milieus durch den Einsatz entsprechend geschulter Sozialarbeiter ausstatten, da gefährdete Jugendliche selten über die Moschee zu erreichen sind, sondern in ihrer sozialen Umgebung.
 - Parteien müssen Muslime gezielt fördern, wie zum Beispiel durch entsprechende Arbeitskreise in der SPD und bei den Grünen.
 - Schaffung eines Präventionsnetzwerks gegen Islamfeindlichkeit, bestehend aus Vertretern der Verwaltung, muslimischer Organisationen und der Zivilgesellschaft. Dieses kann Kampagnen gegen Extremismus und Islamfeindlichkeit initiieren und Öffentlichkeitsarbeit für Solidarität, gegen Diskriminierung und für die Bereicherung durch Vielfalt machen.

2. An Wirtschaft, Medien, Zivilgesellschaft

- Wirtschaftliche Erfolge von Muslimen fördern und in der Gesellschaft aufzeigen – ähnlich wie bei Förderprogrammen für Frauen in Führungspositionen.
- Eine Darstellung des Islam in der Öffentlichkeit jenseits von extremistischen Positionen.
- Die stärkere Präsenz muslimischer Gemeinden und Verbände in den Medien und die Partizipation von Muslimen in den Medien fördern.
- Auf die Sprache, Stereotype und Bilddarstellung in den Medien und der öffentlichen Rede achten. Für einen diskriminierungsfreien Diskurs sensibilisieren. Meinungsführer wie etwa Politiker sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen.
- Muslime positiv benennen und sichtbar machen, wo sie erfolgreiche Beiträge zur Gesellschaft geleistet haben.
- Bei internationalen Konflikten um regionale Machtinteressen darf nicht die Religion in den Vordergrund der Erklärung gestellt werden.
- Gezielte Einbeziehung von Muslimen in bestehende zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit Extremismus und Islamfeindlichkeit.

- Entwicklung eines Glossars, um falsche Begrifflichkeiten abzuschaffen bzw. ihre Definition differenzierter zu formulieren – zum Beispiel bestärkt die Nutzung des Begriffs „Islamismus“ die negative Perspektive zum Islam, daher müssen Alternativen wie „religiös begründeter Extremismus“ etabliert werden.

3. An die muslimische Gemeinschaft und Verbände

- Starke eigenständige Jugendverbände nach den Standards der Jugendringe aufbauen.
- Ein verbandsübergreifendes Jugendnetzwerk etablieren, Anlaufstellen für Jugendliche schaffen, auch in Zusammenarbeit mit Jugend- und Sozialämtern.
- Mehr Dialog und Zusammenarbeit unter den Verbänden und Gemeinden.
- Stärkere Verbandsarbeit in der Prävention möglicherweise gefährdeter Jugendlicher. Wenn es Angebote gibt, müssen diese öffentlich bekannt werden.
- Gemeinden und Verbände weiter öffnen und präsenter machen; mehr Möglichkeiten zur Partizipation und Integration in Gemeinden bieten (nicht nur national, kulturell oder rechtsschulspezifisch orientiert) – dass ca. 20 % der Ausgereisten Konvertiten sind, die weder Türkisch noch Arabisch, Persisch oder andere Sprachen sprechen, zeigt auf, dass für diese Muslime zu wenig Platz in den Verbandsstrukturen existiert.
- Die Verbände müssen auch theologische Antworten auf die extremistischen Positionen und Überzeugungen bieten und das extreme Verständnis als Abweichung vom Islam innerislamisch begründen sowie über theologische Begrifflichkeiten aufklären.
- Pflege und nachhaltige Vermittlung von Glaubensgrundlagen und Überzeugungen, denn Kenntnis über den Islam dient als Schutz vor religiös begründetem Extremismus. Dies muss dann durch eine professionelle mediale Kommunikation innermuslimisch verbreitet werden.
- Gesellschaftsorientierte Veranstaltungen und Projekte, die die Diversität und Partizipation in der Gesellschaft ermöglichen und stärken und damit Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft schaffen (Identifikationssituation und Zugehörigkeitsmerkmale ermöglichen).
- Gemeinsames Marketing und Medienpräsenz der muslimischen Organisati-

onen, auch gemeinsam mit weiteren gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen – zum Beispiel in Form einer Kampagne gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Islamfeindlichkeit und Antisemitismus).

Präventionsmaßnahmen gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit

1. Aufklärung

- Einen differenzierten Umgang mit Religiosität und Fundamentalismus fördern. Das bedeutet, eine muslimische Identität nicht mit Extremismus zu verbinden oder als unvereinbar mit dem „Deutschsein“ zu deklarieren, was die Vorstufe zur Absonderung darstellt. (gesamtgesellschaftliche Ebene)
- Wissenschaftlich-theologische Auseinandersetzung fördern und betreiben. (akademische Ebene)
- Wissenschaftliche Begleitung präventiver „religiös begründeter Extremismus“- Projekte. Bisherige Handlungsmethoden und Handlungsansätze werden zum Großteil aus der Arbeit mit Rechtsradikalen bezogen, aber auch hier stößt man teilweise an Grenzen. (akademische Ebene)
- Politisch-historische Bildung in der Schule stärken, um Radikalisierungsprozesse in der Vergangenheit aufzuzeigen und wohin sie geführt haben. (schulische Ebene)
- Aufklärung in sozialen Brennpunkten und an Schulen. Auf gemeinsame Geschichte, Kultur, religiöse Elemente hinweisen, Empathie erzeugen. (soziale Ebene)
- Aufklärung zu Radikalisierungsprozessen sollten auf drei Ebenen laufen: Fachpersonal, Eltern/Verwandte, Risikogruppe/Jugendliche – jeweils mit anderen Ansätzen. (soziale Ebene)
- Fachkräfte in Kita, Schule, Ausbildung und an Hochschulen müssen entsprechend ausgebildet und sensibilisiert werden, da leider eine institutionelle Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund weit verbreitet ist, diese aber kaum als Problem erkannt und gelöst wird. Dabei sollten Muslime als Kooperationspartner herangezogen werden. (akademische Ebene)

2. Partizipation

- Muslimischen Beitrag in den Medien und öffentlichen Debatten erhöhen und fördern. (mediale Ebene)
- Partizipation muslimischer BürgerInnen fördern, zum Beispiel die politische Partizipation. (politische Ebene)
- Starke, offene und vielfältige Gesellschaft aufbauen – Zusammenhalt und Solidarität in der Mitte der Gesellschaft stärken. (gesamtgesellschaftliche, politische Ebene)
- Zur Realisierung der genannten Maßnahmen müssen die islamischen Verbände und Gemeinschaften ganzheitlich hinzugezogen werden. Das erfordert ein gewisses Vertrauen und Anerkennung durch die Politik und Gesellschaft, beispielsweise durch die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. (politische Ebene)

3. Verantwortung der Öffentlichkeit

- Bei internationalen Konflikten nicht die Religion in den Vordergrund stellen. (mediale Ebene)
- Öffentliche Forderungen nach einem „Kopftuchverbot“ oder „Minarettverbot“ stärken in erster Linie die Extremisten in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Europa. (politische Ebene)
- Integration und Radikalisierung von Muslimen hängt auch von der Mehrheitsgesellschaft ab, zum Beispiel wie Integration definiert und gefordert wird. (politische Ebene)
- Beziehungen und Kontakte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen innerhalb der Gesellschaft fördern. (gesamtgesellschaftliche, gemeinnützige Ebene)